

## **Organisationen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ fordern: Die deutsche EU-Präsidentschaft für eine echte Finanztransaktionssteuer nutzen!**

Am 17.10.2009 begann mit der Kampagne „Steuer gegen Armut“ eine der populärsten zivilgesellschaftlichen Bewegungen für die Einführung einer Anti-Spekulationssteuer: Der Handel mit riskanten Finanzprodukten aller Art sollte pro Transaktion mit einer Steuer in Höhe von 0,1 bis 0,01 Prozent belegt werden und das Geld zur Bekämpfung von Armut und für weltweiten Umwelt- und Klimaschutz verwendet werden.

Die breite öffentliche Unterstützung sorgte dafür, dass sich die Bundesregierung, viele weitere EU-Staaten und die EU-Kommission die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zu eigen machten. Die Verhandlungen darüber versandeten jedoch. Ende 2018 wurde schließlich ein fast ausgehandelter Richtlinienentwurf fallen gelassen und durch eine von Deutschland und Frankreich vorangetriebene Initiative für eine Aktiensteuer verdrängt.

Dies untergräbt alles, was von der Zivilgesellschaft angestrebt wurde: Die Aktiensteuer würde weder den fragwürdigen, computerbasierten Hochgeschwindigkeitshandel ausbremsen noch Finanzwetten mithilfe von Derivaten erfassen. Weder drängt sie riskante Finanzpraktiken zurück, noch generiert sie angemessene Erträge.

Wären die 2011 und 2013 von der Europäischen Kommission vorgelegten Richtlinienentwürfe für die EU bzw. die Staaten der Verstärkten Zusammenarbeit zügig umgesetzt worden, hätten die daran beteiligten Staaten in den letzten Jahren insgesamt mehrere hundert Milliarden Euro an Einnahmen verbuchen und für drängende Aufgaben verwenden können. Jetzt steht der Weltwirtschaft die schwerste Rezession nach dem zweiten Weltkrieg bevor. Um die Folgen auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene zu bewältigen, kann auf die erheblichen Einnahmen aus einer umfassenden Finanztransaktionssteuer nicht verzichtet werden.

Angesichts der am 1. Juli 2020 beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft appellieren die Organisationen, die die Kampagne „Steuer gegen Armut“ getragen hatten, an die Bundesregierung, von den Plänen einer Schrumpfststeuer Abstand zu nehmen und die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer zu einem Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft zu machen. Wir fordern die Bundesregierung dabei auf, bei der Bewältigung der Corona-Pandemie auch die Folgen in den ärmeren Teilen der Welt in den Blick zu nehmen und dafür erhebliche zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Auch an die bis heute weitgehend folgenlos gebliebenen Worte von Bundeskanzlerin Merkel vom 29. Januar 2014 müssen wir erinnern: „Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, setzt deshalb alles daran, dass alle, dass die ganze Welt die Lektionen aus dieser damaligen Krise lernt. Eine davon ist und bleibt: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf ohne angemessene Regulierung bleiben; Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionssteuer zur Verantwortung gezogen werden.“

Gerade jetzt, im Anbeginn einer neuen schweren Weltwirtschaftskrise, ist es höchste Zeit diesen Worten endlich Taten folgen zu lassen!

**Dieser Erklärung wird unterstützt von folgenden Organisationen: Adveniat, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Attac, Bank für Kirche und Caritas e.G., Brot für die Welt, CARE Deutschland, Charismatische Erneuerung, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Evangelischer Verband Kirche- Wirtschaft-Arbeitswelt e.V. Ethikbank, Greenpeace, Inkota-Netzwerk, Jesuitenmission Nürnberg, Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB), Oxfam Deutschland e.V., Pax-Bank e.G., Renovabis-Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken, WEED, Weltnotwerk e.V., Solidaritätsaktion der KAB Deutschlands**

**Kontakte:**

**Für Attac**

Detlev v. Larcher

016093708007

**Für Jesuitenmission**

Jörg Alt

0911 2346-189

**Für DGB**

Raoul Didier

015112172133

**Für WEED**

Peter Wahl

01608234377

**Für Oxfam Deutschland e.V.**

Jörn Kalinski

01718360631

**Für Brot für die Welt**

Eva Hanfstängl

01732003249